

Fragen

für die Fragestunde der Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 17. Januar 1996

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Beck, Volker (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	15, 16	Kohn, Roland (F.D.P.)	21
Büttner, Hans (Ingolstadt) (SPD)	22, 23	Kolbe, Manfred (CDU/CSU)	11, 12
Caspers-Merk, Marion (SPD)	19, 20	Koppelin, Jürgen (F.D.P.)	28
Conradi, Peter (SPD)	3	Krüger, Thomas (SPD)	29, 30
Duve, Freimut (SPD)	6, 7	Kubatschka, Horst (SPD)	4, 5
Fischer, Andrea (Berlin) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	13, 14	Dr. Leonhard, Elke (SPD)	8, 25
Ganseforth, Monika (SPD)	9, 10	Mehl, Ulrike (SPD)	17, 18
Dr. Hirsch, Burkhard (F.D.P.)	31, 32	Otto, Norbert (Erfurt) (CDU/CSU)	1, 24
Dr. Jüttner, Egon (CDU/CSU)	26, 27	Dr. Riedl, Erich (München) (CDU/CSU)	2

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	Seite
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Post und Telekommunikation	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie	4
Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	7
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes	8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	9

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft

- | | |
|---|--|
| <p>1. Abgeordneter
Norbert Otto (Erfurt)
(CDU/CSU)</p> | <p>Wie informiert die Bundesregierung deutsche Touristen über Gefahren bei Reisen in unsichere Länder oder Krisengebiete, wie z. B. Kaschmir oder Costa Rica, und wie wird die Sicherheit deutscher Touristen bei Reisen in Krisengebiete oder unsichere Länder gewährleistet?</p> |
|---|--|

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr

- | | |
|---|---|
| <p>2. Abgeordneter
Dr. Erich Riedl (München)
(CDU/CSU)</p> | <p>Wann wird die Euro-Version im Scheckkartenformat die alte Fahrlizenz (Führerschein) ablösen, und welche Gründe stehen einer raschestmöglichen, meines Erachtens für die Autofahrer nur vorteilhaften, Einführung der Euroführerscheine entgegen?</p> |
|---|---|

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Post und Telekommunikation

- | | |
|---|--|
| <p>3. Abgeordneter
Peter Conradi (SPD)</p> | <p>Wie bewertet die Bundesregierung die von der Deutschen Telekom AG angekündigte Telefonkostensteigerung im Orts-/Nahbereich um mehr als 100%, die im Widerspruch zu der von der Deutschen Telekom AG zugesagten „Kostenentlastung für die meisten der Benutzer“ steht, und was wird die Bundesregierung unternehmen, um die Deutsche Telekom AG zu veranlassen, diese unsoziale, vor allem ältere, behinderte und chronisch kranke Menschen belastende Tarifreform zu korrigieren?</p> |
|---|--|

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung,
Wissenschaft, Forschung und Technologie**

4. Abgeordneter
**Horst
Kubatschka**
(SPD)

Ist die Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs beim Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie, Bernd Neumann, auf meine Frage 30 in Drucksache 13/3180 zu Verhandlungen bezüglich der Versorgung mit hochangereichertem Uran aus russischen Beständen für den Forschungsreaktor (FRM II) in Garching (Plenarprotokoll 13/76 vom 6. Dezember 1995, S. 6704) so zu verstehen, daß die Technische Universität München und die Bayerische Staatsregierung das Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie monatelang nicht, nicht ausführlich oder sogar falsch über die nach Presseberichten (Süddeutsche Zeitung vom 13./14. Januar 1996) nunmehr feststehende Tatsache, daß doch Verhandlungen mit Rußland geführt werden, informiert hat, und welche Konsequenzen wird die Bundesregierung daraus ziehen?

5. Abgeordneter
**Horst
Kubatschka**
(SPD)

Treffen Pressemeldungen in der Süddeutschen Zeitung vom 21. Dezember 1995 zu, wonach die EU-Kommission mitteilte, daß es „Anforderungen u. a. vom FRM II“ für die Lieferung von hochangereichertem Uran (HEU) gebe, und wenn ja, ist der Bundesregierung bekannt, wann ein entsprechender Antrag gestellt wurde?

**Geschäftsbereich des Bundeskanzlers
und des Bundeskanzleramtes**

6. Abgeordneter
**Freimut
Duve**
(SPD)

Kann die Bundesregierung ausschließen, daß die von Herrn Schmidt-Eenboom in der „ARTE“-Sendung „Die neuen Spione“ am 14. Dezember 1995 gemachten Behauptungen (– danach verfolge der BND auch eine strategische Operationsform zur Erschließung von Märkten und Staaten für die deutsche Wirtschaft. Das geschehe einmal auf traditionelle Weise, wie in Kroatien, durch illegale Waffenlieferungen, zum zweiten durch Operationen, wie gegen Algerien und Frankreich. So hätte der BND 1993 und 1994 die algerische FIS unterstützt, z. B. durch Beihilfe zum

Waffenschmuggel für algerische Terroristen, Lieferung von Funkgeräten an diese und Ausbildung von Aktivisten. Parallel dazu würde den Auslands-Exilführern der Terroristen in Deutschland Bleiberecht gewährt mit dem Ziel, nach deren Machtübernahme in Algerien das französische Wirtschaftsmonopol in diesem Land zu knacken –) auf Vorgängen beruhen, die derartige Schlüsse erlauben oder nahelegen?

7. Abgeordneter
**Freimut
Duve**
(SPD)

Was hat die Bundesregierung getan, und was gedenkt sie zu tun, um solchen Meldungen entgegenzutreten und den für die deutsch-algerischen und die deutsch-französischen Beziehungen verursachten Schaden zu begrenzen und auszuräumen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz

8. Abgeordnete
**Dr. Elke
Leonhard**
(SPD)

Welche auf internationalen Abkommen beruhenden bzw. eventuellen weiteren Möglichkeiten zur Adoption von Kindern, die die Staatsbürgerschaft der Republik Belarus besitzen, bestehen nach Kenntnis der Bundesregierung derzeit für Bürger der Bundesrepublik Deutschland, und welche Kenntnisse besitzt die Bundesregierung über Verfahrensstand und Ergebnis laufender bzw. abgeschlossener Adoptionsverfahren der genannten Art?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung

9. Abgeordnete
**Monika
Ganseforth**
(SPD)

Wer soll nach dem Pflegeversicherungsgesetz für pflegebedürftige Personen in Pflegeheimen, die auf Sozialhilfe angewiesen sind, die Kosten für den „begleitenden Dienst“ übernehmen?

- | | |
|--|---|
| 10. Abgeordnete
Monika
Ganseforth
(SPD) | Wer wird nach dem Pflegeversicherungsgesetz die Kosten der „Behandlungspflege“ in Altenpflegeheimen tragen? |
| 11. Abgeordneter
Manfred
Kolbe
(CDU/CSU) | Ist es richtig, daß die von der Bundesregierung für ABM-Maßnahmen vorgesehenen Haushaltsmittel in Höhe von 600 bis 700 Mio. DM nicht ausgegeben werden konnten? |
| 12. Abgeordneter
Manfred
Kolbe
(CDU/CSU) | Warum sind diese Mittel nicht ausgegeben worden, obwohl nach wie vor ein reges Interesse an ABM-Stellen besteht? |
| 13. Abgeordnete
Andrea
Fischer
(Berlin)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) | Wie reagiert die Bundesregierung auf die in Presseberichten wiedergegebene Kritik an der geplanten Finanzierung der mit Israel und den Vereinigten Staaten von Amerika getroffenen Rentenabkommen für deutschsprachige Juden aus Osteuropa nach dem Fremdrentengesetz, und hält sie vor diesem Hintergrund an den auf Drucksachen 13/1809 und 13/1811 in den Deutschen Bundestag eingebrachten Gesetzentwürfen weiter fest? |
| 14. Abgeordnete
Andrea
Fischer
(Berlin)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) | Wie hoch ist nach Erkenntnissen der Bundesregierung das Durchschnittsalter des in Frage kommenden Personenkreises, und wie viele der Betroffenen sind zwischen 1989 und 1995 bereits verstorben? |
| 15. Abgeordneter
Volker
Beck
(Köln)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) | Worauf ist es zurückzuführen, daß es nach der 1989 erfolgten Zusage des Bundeskanzlers für ein Rentenabkommen zugunsten von deutschsprachigen Juden aus Osteuropa, die heute in Israel oder in den USA leben, noch sechs Jahre dauerte, bis im Februar bzw. März 1995 entsprechende Verträge mit Israel und den Vereinigten Staaten von Amerika unterzeichnet werden konnten? |
| 16. Abgeordneter
Volker
Beck
(Köln)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) | Hat die israelische Regierung gegenüber der Bundesregierung zu dem Umstand Stellung genommen, daß der Gesetzentwurf der Bundesregierung zu dem Zusatzabkommen vom 12. Februar 1995 zum Abkommen vom 17. Dezember 1973 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Staat Israel über Soziale Sicherheit (Drucksache 13/1809) und der Gesetzentwurf der |

Bundesregierung zu dem Zweiten Zusatzabkommen vom 6. März 1995 zum Abkommen vom 7. Januar 1976 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika über Soziale Sicherheit und zu der Zweiten Zusatzvereinbarung vom 6. März 1995 zur Vereinbarung vom 21. Juni 1978 zur Durchführung des Abkommens (Drucksache 13/1811) bis heute nicht ratifiziert wurden, und wie hat die Bundesregierung ggf. darauf reagiert?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt,
Naturschutz und Reaktorsicherheit**

17. Abgeordnete
**Ulrike
Mehl**
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß der größte norwegische Düngemittelproduzent zusammen mit dem Energieversorgungsunternehmen „Norsk Hydro“ bei der EU einen Förderungsantrag für ein Forschungsprojekt zur Düngung der Nordsee zwecks verbesserter Fischanzucht beantragt hat (der inzwischen in die Priorität A eingestuft wurde), und wie reagiert die Bundesregierung im Hinblick auf die ökologischen Folgen auf dieses Vorhaben?
18. Abgeordnete
**Ulrike
Mehl**
(SPD)
- Wie hoch waren bis Ende 1994 und im Jahr 1995 die öffentlichen Ausgaben des Bundes und der Länder zum Schutz der Nordsee vor schädlichen Einträgen durch Oberflächeneinleitung, insbesondere von Nährstoffen, und welche Maßnahmen hat die Bundesregierung bisher gegen die schädlichen Einträge unternommen?
19. Abgeordnete
**Marion
Caspers-Merk**
(SPD)
- Wird die von der Bundesregierung für die nächste Zukunft angekündigte Verordnung zur Umsetzung der EG-Batterie-Richtlinie oder die für die vom EG-Recht nicht abgedeckten Batterien vorgesehene freiwillige Selbstbindung von Industrie und Handel für die Rücknahme, Verwertung und Entsorgung Regelungen für Nickel-Metallhydrid- und Lithium-Ion-Akkus enthalten, und wenn nein, wie gedenkt die Bundesregierung eine umweltverträgliche und geeignete Entsorgung für diese Akkus, die aufgrund ihrer höheren Leistung und des nicht mehr vorhandenen Memory-Effekts die bisherigen Akkus verdrängen werden, sicherzustellen?

20. Abgeordnete
**Marion
Caspers-Merk**
(SPD)

Kann die Bundesregierung erklären, warum in der Bundesrepublik Deutschland derzeit überwiegend nicht zu verwertende Getränkedosen, die aus einer Weißblechdose und einem Aluminiumdeckel zusammengesetzt werden, in den Umlauf kommen, und kann die Bundesregierung erklären, warum in anderen Ländern der EU im Gegensatz dazu fast ausschließlich aus einem einheitlichen Material hergestellte Dosen zur Anwendung kommen, die dann auch recycelbar sind?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes

21. Abgeordneter
**Roland
Kohn**
(F.D.P.)

Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus der Tatsache, daß ihre Versuche gescheitert sind, in der EU die Sperrung von Auslandskonten und einen Ölboykott gegen Nigeria durchzusetzen, um dadurch die massive Verletzung der Menschenrechte durch das nigerianische Militärregime zu stoppen?

22. Abgeordneter
**Hans
Büttner**
(Ingolstadt)
(SPD)

Ist die Bundesregierung bereit, die Durchführungsverordnung zum Paßgesetz dahin gehend zu ändern, daß auch die deutschen Auslandsvertretungen (so wie bisher schon die deutschen Grenzbehörden) zur Ausstellung von Paßersatzpapieren berechtigt sind, damit Reisende, die wegen des Wegfalls der Grenzkontrollen innerhalb der EU das Fehlen gültiger Reisepapiere erst an der EU-Außengrenze bemerken, nicht an die deutsche Grenze zurückkehren müssen, sondern sich an die schneller erreichbaren deutschen Auslandsvertretungen in den Durchreiseländern wenden und dort Paßersatzpapiere bekommen können?

23. Abgeordneter
**Hans
Büttner**
(Ingolstadt)
(SPD)

Stimmt die Bundesregierung der Überlegung zu, daß sich angesichts der heute verfügbaren Kommunikationstechniken eine Botschaft oder ein Generalkonsulat ohne größere Probleme, ebenso wie heute schon eine Grenzschutzstelle, vergewissern kann, ob möglicherweise Gründe gegen eine Ausstellung eines Paßersatzes (z. B. Ausschreibung zur Fahndung) vorliegen?

24. Abgeordneter
Norbert Otto (Erfurt)
(CDU/CSU)
- Welche Bemühungen hat die Bundesregierung im Falle des in Kaschmir entführten Erfurter Studenten Dirk Hasert zu dessen Freilassung unternommen, und welche Möglichkeiten sieht sie, das Ende der Geiselnahme so schnell wie möglich herbeizuführen?
25. Abgeordnete
Dr. Elke Leonhard
(SPD)
- Welche ökologischen und ökonomischen Folgen bewirkten nach Kenntnis der Bundesregierung die verheerenden Waldbrände in Nordzypern im Verlaufe des Jahres 1995, und welche Maßnahmen auf nationaler bzw. internationaler Ebene sind nach Ansicht der Bundesregierung geboten, um die zypriotische Bevölkerung bei der Überwindung der Folgen der Naturkatastrophe zu unterstützen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

26. Abgeordneter
Dr. Egon Jüttner
(CDU/CSU)
- Hat die Bundesregierung – unabhängig von der Zuständigkeit der Länder – sichergestellt, daß bei bundesweiten Giftgasanschlägen flächendeckend Gegenmittel zur Verfügung stehen?
27. Abgeordneter
Dr. Egon Jüttner
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß vom Bund Medizin und Verbandstoffe der Hilfshospitäler im Wert von ca. 140 Mio. DM verschenkt worden sind, um jährlich ca. 300 000 DM Bevorratungskosten zu sparen, während gleichzeitig die Bundesländer ohne entsprechenden Vorrat für die Bewältigung von Friedenskatastrophen zuständig sind?
28. Abgeordneter
Jürgen Koppelin
(F.D.P.)
- Wie viele Arbeitsgruppen, Kommissionen oder Ausschüsse gibt es im Bundesministerium des Innern und beim Bundesgrenzschutz, die sich unmittelbar mit Themen und Problemen des Bundesgrenzschutz betreffend beschäftigen?
29. Abgeordneter
Thomas Krüger
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die mit der beantragten Unterstützung des „Instituts für Kulturpolitik“ der Kulturpolitischen Gesellschaft aus Ausgleichsmitteln verbundene Bereitschaft zur Übersiedelung dieses Bundesverbandes und des Fonds Soziokultur von Hagen nach Bonn in das „Haus der Kultur“ u. a. durch die dadurch möglichen Synergieeffekte und

Kooperationen (z. B. mit dem Fonds Darstellende Künste) ein wichtiger Beitrag wäre, um in der ehemaligen Bundeshauptstadt einen kulturpolitischen Schwerpunkt zu schaffen, und welche Maßnahmen sind geplant, dieses „besonders bedeutsame“ Projekt der Kulturpolitischen Gesellschaft aus Ausgleichsmitteln zu unterstützen?

30. Abgeordneter
**Thomas
Krüger**
(SPD)

Hält die Bundesregierung die aktuellen Planungen der Fraktionen des Bonner Stadtrates hinsichtlich der Vergabe der Ausgleichsmittel ggf. auf die Förderung des „Instituts für Kulturpolitik“ und die damit verbundene Ansiedlung „neuer Funktionen und Institutionen von nationaler und internationaler Bedeutung im politischen, wissenschaftlichen und kulturellen Bereich“, die das Berlin/Bonn-Gesetz vorsieht, zugunsten örtlicher Einrichtungen zu verzichten, für vereinbar mit dem Reglement des Bonn-Ausgleichs, und welche Maßnahmen wird sie angesichts der Tatsache, daß der Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages im September 1994 den Mietsubventionen für die Kulturpolitische Gesellschaft, den Fonds Soziokultur und das noch einzurichtende Institut für Kulturpolitik in Höhe von ca. 80 000 DM p. a. bereits zugestimmt hat, ergreifen, um sicherzustellen, daß das Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft unmittelbar durch Inanspruchnahme von Ausgleichsmitteln finanziert wird?

31. Abgeordneter
**Dr. Burkhard
Hirsch**
(F.D.P.)

Ist es zutreffend, daß die Bundesregierung im Gegensatz zu anderen Ländern der EU die Beantwortung einer Statistik des Statistischen Amtes EUROSTAT – Mikrozensus 95 – auf der Grundlage der Ratsverordnung J 711/91 mit Zwangsgeldern bis zu 1 000 DM plus Gebühren durchsetzen läßt, obwohl die Ratsverordnung den einzelnen Mitgliedstaaten die Anwendung von Zwangsmitteln freistellt?

32. Abgeordneter
**Dr. Burkhard
Hirsch**
(F.D.P.)

Ist es zutreffend, daß z. B. in dem 28seitigen Fragenkatalog „Stichprobenerhebung über die Bevölkerung und den Arbeitsmarkt“ Fragen enthalten sind, die weit über das in der Bundesrepublik Deutschland geltende Mikrozensusgesetz hinausgehen, wie z. B. ob die Kinder des Befragten verheiratet sind, wo der Befragte arbeitet und bei welcher Krankenkasse er versichert ist?

Bonn, den 12. Januar 1996

